

Bezirksamtsvorlage Nr. 1002
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 02.09.2025

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 0820/VI, Beschluss vom 21.09.2023 betrifft:
Mehr Verkehrssicherheit in der nördlichen Luisenstadt mit Tempo 30!

2. Berichterstatter/in:

Bezirksstadtrat Schriner

3. Beschlussentwurf:

- I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „Mehr Verkehrssicherheit in der nördlichen Luisenstadt mit Tempo 30!“ als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.
- II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Ordnung, Umwelt, Natur, Straßen und Grünflächen beauftragt.
- III. Veröffentlichung: ja
- IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein
 - a) Personalrat: nein
 - b) Frauenvertretung: nein
 - c) Schwerbehindertenvertretung: nein
 - d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

keine

9. Beteiligungsrelevante Auswirkungen

keine

10. Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine Auswirkungen auf den Klimaschutz, da sie lediglich Berichtscharakter besitzt.

11. Mitzeichnung(en):

keine

Bezirksstadtrat Schriner

Vorlage -zur Kenntnisnahme- Mehr Verkehrssicherheit in der nördlichen Luisenstadt mit Tempo 30!

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 21.09.2023 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 0820/VI):

Das BA wird ersucht, sich gegenüber der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz dafür einzusetzen, nach einer angemessenen Bürger*innenbeteiligung schnellstmöglich eine Zone Tempo 30 im Straßenzug Schillingbrücke/Engeldamm/Michaelkirchplatz/Heinrich-Heine-Platz/Annenstraße/Roßstraße einzurichten.

Das Bezirksamt hat am 02.09.2025 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Gemäß § 2 Absatz 4 Satz 1 Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG Bln) in Verbindung mit Nr. 11 Absatz 3 Zuständigkeitskatalog Ordnungsaufgaben (ZustKat Ord) gehören die Aufgaben der Straßenverkehrsbehörde im übergeordneten Straßennetz zu den Ordnungsaufgaben der für Verkehr zuständigen Senatsverwaltung. Die Senatsverwaltung beobachtet die Verkehrsentwicklung dort bereits wegen der Einrichtung der Verkehrsführung im Bereich der Mühlendammbrücke. Die Drucksache wurde weitergeleitet und die Abteilung Verkehrsmanagement um Berücksichtigung des Beschlusses gebeten.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13 i.V. mit § 36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Keine

Berlin, den 19.08.2025

Bezirksstadtrat Schriener

Bezirksbürgermeisterin Remlinger